

Stellungnahme Sozialdienst muslimischer Frauen (SmF-Bundesverband)

Für die Kommission für reproduktive Selbstbestimmung und Fortpflanzungsmedizin

Arbeitsgruppe 1 - Regulierungen für den Schwangerschaftsabbruch

Diese Stellungnahme erfasst die Meinung des SmF-Bundesverbandes zum Thema soziale Rahmenbedingungen von Schwangerschaftsabbrüchen besonderer Gruppen in Deutschland. Wir sehen die im Grundgesetz verbrieften Recht auf Leben des Ungeborenen als unantastbar an, wobei auch das Selbstbestimmungsrecht einer jeden Frau berücksichtigt werden muss.

Allerdings ist hervorzuheben, dass Frauen mit bestimmten kulturellen und religiösen Werten eines besonderen Schutzes bedürfen, da bei der Abwägung mit den Rechten des Ungeborenen ihr Recht auf ein selbstbestimmtes Leben angemessen berücksichtigt werden muss. Hierbei gehen wir auf die besonderen Umstände der Situation schwangerer Frauen ein, denen wir in unserer täglichen Arbeit begegnen, insbesondere Frauen muslimischen Glaubens, Frauen mit Fluchterfahrung und mit Migrationsbiografie, die besonders häufig durch andere Faktoren bereits in ihrer Selbstbestimmung eingeschränkt sind. Hier bemerken wir das Fehlen kultursensibler Beratungs- und Hilfsmöglichkeiten.

Besondere Gegebenheiten für Frauen mit Migrationshintergrund

Neben den offensichtlichen Schwierigkeiten durch mangelnde Sprachkenntnisse sind es häufig kulturell bedingte Grenzen des „Sagbaren“, die die Beratung von Frauen behindern. Ob es die Tabuisierung ungewollter Schwangerschaften bei Unverheirateten ist, oder die Erwartung an eine verheiratete Frau selbst Kinder bekommen zu müssen.

Auch rechtlich sind Frauen mit Migrationshintergrund häufig schlechter gestellt. Hängt der Aufenthaltsstatus in Deutschland am Ehemann, verhindert die Angst vor Ausweisung sich Hilfe zu suchen und die ausweglose Beziehung aufzulösen.

Sozial sind Frauen mit Migrationshintergrund meist schlechter gestellt als der Durchschnitt. Häufig befinden sie sich in finanzieller Abhängigkeit zum Partner und/oder der Familie.

Soziale Rahmenbedingungen

Die berufliche Perspektive einer Frau kann die Entscheidung für oder gegen eine Schwangerschaft beeinflussen. Insbesondere geflüchtete Frauen und Frauen mit Migrationshintergrund, darunter Frauen aus muslimischen Ländern oder afrikanischen und asiatischen Ländern, sowie Frauen aus Balkanstaaten wie Bulgarien, Rumänien und Mazedonien bringen geringere Bildungs- und Berufsabschlüsse mit. Insbesondere Frauen, die ihre Schulzeit nicht in Deutschland verbracht haben, haben Schwierigkeiten mit der deutschen Sprache und mit dem späteren qualifizierten Zugang in den Arbeitsmarkt. Die geringere Chance auf eine berufliche Karriere und auf einen gut bezahlten Job am Arbeitsmarkt beeinflusst, ob die Entscheidung für eine Schwangerschaft positiv oder negativ ausfällt. Eine kultursensible Beratung vor und während der Schwangerschaft, die die beruflichen Möglichkeiten auch während einer Schwangerschaft aufzeigt und bei der Perspektivbildung familiäre Konstellationen im Blick hat, gewinnt daher an Bedeutung.

Erfahrung von Rassismus und Diskriminierung

Rassismus- und Diskriminierungserfahrungen einzelner Frauen mit muslimischem oder migrantischem Hintergrund erfordern eine besonders sensible Annäherung. Muslimische Frauen und Migrantinnen berichten oft, dass sie sich von den behandelnden Gynäkolog:innen nicht richtig ernst genommen fühlen und besonders intensiv über die Risiken der Schwangerschaft beraten werden.

Es werden eher die Risiken aufgezeigt als mögliche unterstützende Maßnahmen, die eine schwangere Frau braucht. Insbesondere Frauen über 30 und unter 40 Jahren berichten oft, dass sie das Gefühl haben, ihre Schwangerschaft würde negativ aufgenommen werden. Diese Lücke kann nur über kultursensible Schwangerschaftsberatungsstellen aufgefangen werden.

Bei einer Medikamenteneinnahme während der Schwangerschaft wird häufig berichtet, nicht ausreichend über die Nebenwirkungen verschriebener Medikamente unterrichtet zu werden. Wenn sie zufälligerweise die Beipackzettel selbst lesen oder diese vorlesen lassen und so erstmalig über die Nebenwirkungen unterrichtet werden, verlieren sie das Vertrauen in ihre Ärzt:innen.

Schnell kann dieses Gefühl zu der Annahme führen, dass ihre Schwangerschaft vom medizinischem Personal nicht unterstützt wird. Sie werden auch nicht ausreichend darüber informiert, welche Tests während der Schwangerschaft für ihr Kind ungefährlich sind.

Der Einfluss traditioneller Familienbilder

Frauen, die aus muslimischen (aber auch anderen patriarchalisch geprägten) Ländern nach Deutschland kommen, sind häufig noch eingebunden in traditionelle Familien, die das Selbstbestimmungsrecht der Frau einschränken.

Dies kann zu Bevormundung und Restriktion durch Familie und Partner, aber auch zu verinnerlichten Normen und mangelndem Selbstbewusstsein bei der Frau führen.

Die Schwangerschaft unverheirateter Frauen ist tabuisiert und führt zu „Verheimlichungsstrategien“, bis hin zu heimlichen Abtreibungen.

Die Schwangerschaft einer Ehefrau wird häufig als „Vollendung“ der Eheschließung gesehen. Auch im Falle einer nicht funktionierenden Ehe empfiehlt die Tradition häufig eine (erneute) Schwangerschaft in der Hoffnung, dass die Ehe dadurch gefestigt werden soll.

Die Bevorzugung männlicher Nachkommen erzeugt zusätzlich Druck auf Frauen, bis ins hohe Alter erneut schwanger zu werden bis ein erwünschter männlicher Nachkomme gezeugt wird.

In einigen Fällen werden Ehe und Schwangerschaft sogar von der Familie als „Erziehungsmaßnahme“ in Krisensituationen gesehen. So kann es vorkommen, dass eine Tochter mit einem Ehemann aus dem Heimatland oder dem gleichen Kulturkreis der Eltern verheiratet wird, um sie wieder in ein traditionelles Familienbild einzubinden.

Restriktive Auslegung religiöser Normen

In manchen Herkunftskulturen herrschen noch restriktive Auslegungen religiöser Normen vor. Häufig wird suggeriert, dass religiöse oder traditionelle Normen innerhalb der Familie Vorrang vor gesetzlich verbrieften Rechten haben.

Demnach wird das Selbstbestimmungsrecht der Frauen schwer anerkannt, sodass auch Verhütung und Schwangerschaft als eine aktive Entscheidung des Ehemannes verstanden wird. In solchen Fällen müssen Beratungsstellen systemisch vorgehen und eine Bereitschaft zeigen, sowohl mit betroffenen Frauen als auch mit ihren Ehemännern getrennte und gemeinsame Beratungsgespräche zu führen.

Mangelnde religiöse Bildung

Auch über die eigene Religion haben Frauen häufig kein vollständiges Wissen und werden über Möglichkeiten innerhalb des erlaubten Rahmens ungenügend aufgeklärt. Daher erfolgt an dieser Stelle ein kurzer Exkurs:

In muslimisch geprägten Ländern herrschen unterschiedliche Auffassungen und Rechtsgrundlagen für Schwangerschaft und Schwangerschaftsabbruch. Das Leben genießt die erste Priorität, die geschützt werden muss und das Leben zu beenden wird hart bestraft. Der Koran verbietet das Töten von Kindern und benennt dabei die Furcht vor Verarmung als Grund. Weitere Gründe werden

nicht genannt: «Und tötet nicht eure Kinder aus Furcht vor Verarmung! Wir versorgen sie und euch (mit Lebensunterhalt). Gewiss, sie zu töten ist eine schwere Verfehlung.» (Koran 17:31)

Dieser Vers wird als Begründung gegen Schwangerschaftsabbruch von allen akzeptiert und dabei wird inhaltlich gestritten, ob dadurch eine „soziale Indikation“ generell oder nur Armut als Grund ausgeschlossen wird.

Die Schöpfung des Menschen wird im Koran in zwei Phasen beschrieben: «Dann schufen Wir den Tropfen (Sperma) zu einem Embryo, und Wir schufen den Embryo zu einem Fötus, und Wir schufen den Fötus zu Knochen. Währenddessen bekleideten wir die Knochen mit Fleisch. **Dann ließen Wir ihn als eine weitere Schöpfung entstehen.** Gott ist gesegnet, der beste aller Schöpfer!» (Koran 23:14)

Also erst wenn die Seele in den Fötus „eingehaucht wird“, wird er zum „Menschen“. Vor diesem Zeitpunkt liegt also bei einem Schwangerschaftsabbruch kein „Mord“, bzw. die Tötung eines Menschen vor. Obwohl dieser Vers mehrheitlich in dieser Eindeutigkeit akzeptiert wird, gibt es dennoch Diskussionen darüber, dass der Fötus direkt nach der Befruchtung ein „Mensch“ geworden sein könnte.

Über den genauen Zeitpunkt, wann die „Beseelung“ des Embryos stattfindet, besteht keine einhellige Meinung, doch aus Koranversen kann der 86. Tag hergeleitet werden. Es gibt aber auch Theologen, die sich auf Aussagen des Propheten berufen und vom 40. Tag oder dem 120. Tag ausgehen.

Eine ausführliche theologische Behandlung dieses Themas überlassen wir gerne muslimischen Theologen. An dieser Stelle wollen wir lediglich feststellen, dass sich ein grundsätzliches Verbot von Schwangerschaftsabbrüchen am Anfang der Schwangerschaft, nicht aus dem Islam allein begründen lässt.

Darüber hinaus ist in vielen muslimischen Ländern ein Schwangerschaftsabbruch nur möglich, wenn das Leben der Mutter gefährdet ist. Das Leben der Mutter hat grundsätzlich Vorrang vor dem Leben des Fötus.

Existierende Mängel

Neben den bisher erwähnten Rahmenbedingungen können weitere Beispiele angeführt werden, die eine unterstützende Beratung von Frauen in Fragen des Schwangerschaftsabbruches behindern:

Mangelnde Sexualaufklärung

Die werdenden Mütter fühlen sich wenig bis kaum informiert über bestehende Leistungen und präventive Maßnahmen gegen ungewollte Schwangerschaften, für besondere Zielgruppen fehlen diese gänzlich. Insbesondere Väter aus muslimischen Kreisen sprechen kaum mit ihren Kindern (auch Söhnen) über Sexualität und Verhütungsmethoden. Diese Tabus müssen sowohl bei Vätern als auch bei Müttern gebrochen werden. Dadurch entstehen Konflikte ethischer und religiöser Natur, da biologisches Wissen und ethische Werte nicht in Kombination besprochen bzw. thematisiert werden. Dies führt insbesondere bei jungen Frauen und Männern zu fehlerhaften und gesundheitsgefährdenden Praxen in der Sexualität, bei der Schwangerschaftsverhütung und auch in der Schwangerschaft.

Mangelndes Wissen über medizinische Fragen und staatliche Hilfsmöglichkeiten

Über die bestehenden Möglichkeiten und erleichternde Hilfen während und nach einer Schwangerschaft sind die meisten geflüchteten Frauen und Frauen mit Migrationsbiografie nicht informiert. Die Hilfen finanzieller Natur, sowie Möglichkeiten ungewollte Schwangerschaften in früheren Stadien (vor einer Beseelung) ohne gesundheitliche Komplikationen zu beenden, sind meist nicht bekannt.

Die Feststellung nach einer pränatal diagnostischen Untersuchung, wenn eine Schwangere ein Kind mit einer schweren Behinderung bekommt, löst bei allen Schwangerschaften schwere Belastungen aus. Um eine Entscheidung für oder gegen das Kind zu fällen, müssen die schwangeren Mütter und

auch ihre Ehepartner ganzheitlich informiert werden, auch darüber, welche Hilfen im Falle des Austragens möglich sind. Zudem brauchen Menschen aus unterschiedlichen Kulturkreisen, damit sie auch bei ethischen und religiösen Bedenken beraten werden können, eine adäquate Beratung mit kultursensibler Perspektive.

Mangelndes Wissen über rechtliche Fragen

Vergewaltigung in der Ehe wird in Familien aus bestimmten Kulturkreisen nicht als Straftatbestand angesehen bzw. wahrgenommen. Die Aufklärung über rechtliche Voraussetzungen und Möglichkeiten die eigenen Rechte auch durchzusetzen ist daher ein wesentlicher Bestandteil jeder Beratung.

Empfehlung

Aus unserer Perspektive gilt, dass das Leben unantastbar ist und wir alles daransetzen sollten, um das Leben zu schützen. Dabei ist zu beachten, dass Frauen in ihrer Entscheidungsfindung unterstützt werden und sich dabei wohl fühlen. Das Leben ist mit Komplexitäten verbunden.

Die psychische Situation, die Erlebnisse, die zu eine Schwangerschaft geführt haben, die individuellen Lebenseinstellungen und -voraussetzungen einzelner betroffener Frauen und ihrer sozialen Umgebung beeinflussen eine werdende Mutter und eine junge Familie. Äußere Umstände, die eine Frau während der Schwangerschaft und nach der Geburt unterstützen, spielen bei einer Entscheidung eine wesentliche Rolle. Aus diesem Grund brauchen Frauen beratende Instanzen, die sie in ihrem System verstehen und sie dabei unterstützen, eigene Entscheidungen zu treffen.

Muslim:innen und Migrant:innen sollten mit Hilfe kompetenter und zielgruppennaher Beratungsstellen und zugänglichen Informationen über vorhandene Möglichkeiten und Hilfen informiert werden. Dies sollte mit systemischem Ansatz erfolgen.

Die meisten Frauen informieren sich bei gewollten Schwangerschaften selbstständig in der eigenen Muttersprache. Frauen mit geringen Deutschkenntnissen werden mangels vorhandener Informationsquellen über bestehende soziale und finanzielle Hilfeleistungen meist nicht informiert. Die meisten Frauen mit Fluchterfahrung oder Frauen mit Migrationsbiografie kommen weder vor einer Schwangerschaft noch während der Schwangerschaft zu einer Beratungsstelle.

Die bestehenden sozialen Selbstorganisationen haben ehrenamtliche Strukturen und können solche Beratungen nicht professionell anbieten. Wo kein Angebot ist, entsteht auch keine Nachfrage. So verpassen hunderttausende von Frauen präventive Maßnahmen.

Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen sind meist nur für diejenigen präsent, die über einen Schwangerschaftsabbruch nachdenken und dafür eine Arztpraxis besucht haben. Die bestehenden Beratungsstellen sind jedoch überfordert, religions- und kultursensible Beratung anzubieten.

Daher brauchen wir Informationsmaterialien in einfacher Sprache sowie Ansprechpartner:innen in Beratungsstellen und Informationsstellen, die sich hauptamtlich um diese Zielgruppe kümmern. Diese müssen bei Einrichtungen und Vereinen angesiedelt werden, die diese Zielgruppe leicht und ohne besondere Hürden erreichen und bereit sind, sich zu professionalisieren.

Köln, 10.10.2023